



Programm "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"

- ↓ **Einleitung**
- ↓ **1. Ausgangslage**
- ↓ **2. Bewertung**
- ↓ **3. Ziel**
- ↓ **4. Umsetzung**
- ↓ **4.1 Programmteil "XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt"**
- ↓ **4.2 Programmteil "Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus"**
- ↓ **4.3 Programmteile "Förderung von Modellprojekten zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern" sowie "Förderung von Modellprojekten zur Beratung von Opfern (...)in den neuen Bundesländern"**

↑ Einleitung

Das Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gliedert sich in drei Teile:

1. Die Bundesregierung hat mit "XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt" ein Programm entwickelt, mit dem Projekte gefördert werden können, die zum Aufbau gegenseitigen Verständnisses beitragen sowie das gemeinsame Lernen und Arbeiten von deutschen und ausländischen Jugendlichen und Erwachsenen unterstützen. Zivilgesellschaftliche Strukturen sollen gestärkt und lokale Kooperationen und Partnerschaften unterstützt werden. Für die nächsten Jahre stellt die Bundesregierung **25 Millionen DM jährlich** aus dem Europäischen Sozialfonds bereit. Die Mittel müssen kofinanziert werden, z.B. durch die Länder und die Kommunen oder auch durch Eigen- und/oder private Mittel. Die Mittel stehen prinzipiell bis 2006 zur Verfügung. Für XENOS zeichnen das BMA und das BMFSFJ gemeinsam verantwortlich. Die Vorbereitungen sind abgeschlossen, so dass mit der Umsetzung begonnen werden kann.
2. Für 2001 werden **einmalig** und **zusätzlich** zu den laufenden und geplanten Maßnahmen im Kinder- und Jugendplan des Bundes (**Kapitel 1702 Titel 684 11-261**) 30 Mio. DM im Programm 1 des Kinder- und Jugendplan des Bundes. Politische Bildung als Programm 1.2 "Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus" zur Verfügung stehen.
3. Ab 2001 werden zwei neue Haushaltstitel eingerichtet, die Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit **in den neuen Bundesländern** zum Ziel haben:
 - **Titel 686 02-175: 5 Mio. DM** für die "Förderung von Modellprojekten zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern";
 - **Titel 686 03-175: 5 Mio. DM** für die "Förderung von Modellprojekten zur Beratung von Opfern bzw. potentiellen Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in den neuen Bundesländern".

Das Programm findet unter dem Dach des bundesweiten **Bündnisses für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt** statt.

↑ 1. Ausgangslage

Begriffsverständnis:

- Unter Fremdenfeindlichkeit werden Verhaltensweisen und Einstellungen verstanden, die durch Geringschätzung, Stigmatisierung, Ausgrenzung, nicht selten auch Gewaltbereitschaft gegenüber Fremden gekennzeichnet sind.
- Fremdenfeindlichkeit wird neben Nationalismus, antidemokratischen und antipluralistischen Auffassungen, positiven Haltungen zum Nationalsozialismus sowie Antisemitismus zum Komplex rechtsextremistischer Orientierungen gezählt.

Zahlen:

- Zu Beginn der 90er Jahre stieg die **Rechtsextremismusbelastung** in Deutschland und hält sich seitdem auf vergleichsweise hohem Level. Die Durchschnittswerte liegen bei **10.000 Straftaten p.a., davon 700 Gewalttaten.**
- Von 1996 an ist die **Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten** relativ stark **von 6.400 auf 9.000** in 1999 (Verfassungsschutzbericht für 1999) gestiegen.
- Bezogen auf den Vergleichszeitraum des Vorjahres ergibt sich für die Monate Januar bis August 2000 ein Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Straftaten um ca. 19%, die Anzahl fremdenfeindlich motivierter Straftaten stieg um ca. 14%, antisemitische Straftaten nahmen um 6% zu. Diese Entwicklung spiegelt sich auch bei den registrierten Gewalttaten wieder: Insgesamt wurden im gleichen Zeitraum bisher 519 derartige Delikte registriert; dies entspricht einer Steigerung von etwa 7%.
- Die Mehrzahl der polizeilich ermittelten fremdenfeindlichen Tatverdächtigen sind Jugendliche und junge Erwachsene.
- Im Hinblick auf die Begehung fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Straftaten gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede: über 90 % aller Tatverdächtigen sind männlich.
- Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ist jedoch kein reines Männerphänomen. Vielmehr ist aus verschiedenen Untersuchungen bekannt, dass Frauen in rechtsextremistischen Parteien sowie auch in fremdenfeindlichen und rechten Jugendgruppen durchaus eine Rolle spielen und dass sie in Bezug auf fremdenfeindliche Einstellungen sogar höhere Werte aufweisen können, wie sie für Männer festgestellt wurden.
- Insgesamt gibt es unter den Jugendlichen und jungen

Erwachsenen in Deutschland Minderheiten (bis 20%), die extrem nationalistische Einstellungen aufweisen oder eine offen positive Haltung zum Nationalsozialismus zur Schau tragen. Die fremdenfeindlichen, antisemitischen, antidemokratischen und antipluralistischen Einstellungspotentiale sind dagegen deutlich größer; aber auch hier vertritt die Mehrheit der jungen Menschen in West und Ost einen deutlich anderen Standpunkt. (DJI-Jugendsurvey 1997)

- Bei fast allen Einstellungsbereichen zu dem in Rede stehenden Thema sind die zustimmenden Anteile unter den jungen Menschen in den neuen Bundesländern höher als in den alten. Besonders deutlich scheint diese Ost-West-Differenz im Bereich fremdenfeindlicher und antidemokratischer/antipluralistischer Haltungen zu sein. Geringere Unterschiede finden sich in den Bereichen Nationalismus und positive Haltung zur NS-Zeit. Antisemitische Einstellungen wurden schließlich bis Mitte der 90er Jahre von der Erwachsenenbevölkerung im Westen in stärkerem Ausmaß vertreten als im Osten; seitdem haben sich die Zustimmungswerte allerdings immer stärker angeglichen und waren schließlich 1998 im Osten geringfügig stärker ausgeprägt als im Westen.

Ursachen:

- Eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen ist die Verbreitung, Verfügbarkeit, vor allem auch öffentliche Akzeptanz entsprechender Ideologien und Deutungsangebote, auf die man gleichsam problemlos aufbauen kann. Hierzu zählen nicht nur explizit rechtsextreme bzw. fremdenfeindliche Ideologiefragmente, wie sie u.a. durch rechtsextreme Publikationen verbreitet werden, sondern auch öffentliche Stellungnahmen bzw. Verfahrensweisen, die den Eindruck der Ungleichwertigkeit bzw. Ungleichbehandlung verschiedener Personengruppen erwecken und das öffentliche Meinungsklima mitbestimmen: Rechtliche Stellung von Ausländern, Verwaltungspraxis gegenüber Ausländern, tendenziöse Berichte in den Medien, politische Kampagnen und Debatten.
- Auch ein Mangel an Kenntnissen historischer Zusammenhänge und Ursachen trägt zur Herausbildung fremdenfeindlicher bzw. rechtsextremer Denkweisen bei.
- In zahlreichen Studien wurde gezeigt, dass Rechtsextremismus immer dort auf fruchtbaren Boden fällt, wo sich Jugendliche benachteiligt fühlen oder sie tatsächlich benachteiligt sind. Rechtsextreme Jugendliche stammen überwiegend aus materiell und sozial benachteiligten Familien, sie streben - wenn überhaupt - einen niedrigen Bildungsabschluss an und verfügen über schlechte Voraussetzung für eine dauerhafte Integration auf

dem Arbeitsmarkt.

- Weitere wichtige Ursachen sind in den Beziehungen zu den Eltern in der Kindheit, aktuellen Familienbeziehungen während des Jugendalters, Kontakte zu Gleichaltrigen, die rechtsextremen Auffassungen zuneigen oder sie offensiv vertreten, zu suchen. Üblicherweise sind die familialen Beziehungen durch vergleichsweise geringe Verbindlichkeit oder Verlässlichkeit, durch fehlende Bindungssicherheit und durch eine Geringbewertung von Individualität gekennzeichnet, mit der Folge, dass Kameradschaft, Geborgenheit in der Gruppe und klare Orientierungen (z.B. hinsichtlich der eigenen Rolle als Mann) zu einem hohen Wert für die Betroffenen werden.

Einschätzung

- **Rechtsextremismus** unterscheidet sich in seiner äußeren Erscheinungsform im Osten deutlich von jener im Westen: **Im Osten ist er jünger und gewalttätiger - im Westen präsentiert sich Rechtsextremismus stärker organisationsorientiert.** Nach STÖSS sind 1998 nur 18 % der Mitglieder rechtsextremistischer Parteien (7.000 von insgesamt 37.000) in Ostdeutschland organisiert.
- Rechtsextremismus lässt sich weder **auf ein bloßes Jugendproblem** reduzieren, **noch zum alleinigen Problem Ostdeutschlands erklären.** Vor dem Hintergrund der Faktenlage sollten die Anstrengungen zur Verbesserung der Erziehung zu Toleranz und Demokratie verstärkt und zusätzliche Angebote gerade in den neuen Bundesländern unterbreitet werden.

↑ 2. Bewertung

- Für die Bundesregierung gehört die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und deren Bekämpfung zu einer der wichtigsten Aufgaben in dieser Legislaturperiode. Extremistische Aktivitäten und Erscheinungen sind keine vernachlässigbaren Randprobleme unserer Gesellschaft. Die Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit muss daher nach unserem Demokratieverständnis eine besondere Herausforderungen sein.
- Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind neben konsequenten polizeilichen und justiziellen Reaktionen Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Kinder-, Jugend-

und Medienpolitik - und dies nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landes- und Kommunalebene. Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verlangt schließlich auch die verantwortliche Beteiligung der Medien, der Kirchen, des Sports, der Wirtschaft, der Gewerkschaften - kurzum aller gesellschaftlicher Gruppen.

- Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, wie wichtig und erforderlich es ist, dass die zuständigen Behörden und freien Träger in den Ländern und Kommunen solche Konzepte für eine präventive Jugendarbeit erarbeiten und umsetzen, die sowohl eine Stärkung der demokratischen Grundauffassungen und des praktischen demokratischen bzw. zivilen Engagements bei den Jugendlichen zum Ziel haben, die rechte und fremdenfeindliche Positionen ablehnen, als auch eine intensive Auseinandersetzung mit der Problemgruppe der fremdenfeindlich, antisemitisch oder rechtsextremistisch gefährdeten oder auffälligen Jugendlichen ermöglichen.

↑ **3. Ziel**

Ziel des Programms ist die **Stärkung der demokratischen Kultur bei jungen Menschen**.

↑ **4. Umsetzung**

Zu den einzelnen Programmteilen siehe weiter unten.

Programmteil "XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt"

Programmteil "Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus"

Programmteile "Förderung von Modellprojekten zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern" sowie "Förderung von Modellprojekten zur Beratung von Opfern bzw. potentiellen Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in den neuen Bundesländern"

↑ **4.1 Programmteil "XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt"**

Das Programm XENOS verfolgt das Ziel, Maßnahmen, die sich gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft richten, mit Ansätzen gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Rassismus zu koppeln. Mit dieser Strategie ergänzt XENOS bestehende arbeitsmarkt- und sozialpolitische Programme auf Bundes- und Länderebene sowie Initiativen gegen Rechtsextremismus,

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

XENOS wird einen breiten Handlungsrahmen für Maßnahmen umfassen, wie Familie, Arbeitsplatz, Stadtplanung, Sozialpädagogische Arbeit, Polizei und Justiz und politische Bildung. Zur Umsetzung bieten sich Maßnahmefelder, wie integrierte Projekte/Ansätze in lokaler Partnerschaft, Qualifizierung von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, Maßnahmen in Schule, Beruf und Betrieb sowie Information und Sensibilisierung an.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übernehmen die Steuerung des Programms. Für die technisch-administrative Aufgaben der Programmumsetzung ist eine externe Stelle eingerichtet worden. Die Stelle soll Projektträger und Antragsteller bei Planung, Durchführung und Abrechnung unterstützen. (Adresse: efp, Endenicher Str. 125, 53115 Bonn, Tel.: 0228/98599-0; Fax: -80; e-Mail: postmaster@efp-bonn.de) Ergänzend dazu hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine weitere Stelle beauftragt, die speziell Antragsteller aus den neuen Bundesländern bei Planung, Durchführung und Abrechnung entsprechender Projekte unterstützen soll. (Adresse: gsub, Oranienburger Str. 65, 10117 Berlin; Tel.: 030 28409-0; Fax: -210; e-Mail: kontakt@gsub.de oder loerke.gsub@gmx.de)

↑ **4.2 Programmteil "Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus"**

Die Umsetzung dieses Programmteiles wird in enger Abstimmung mit Ländern und Kommunen, der Bundeszentrale für politische Bildung, bundeszentralen Trägern der Jugendbildung, Vertretern der jüdischen Kultur sowie Trägern mit Erfahrungen aus der Arbeit mit Migrant*innen Jugendlichen erfolgen. Da die Mittel nur in 2001 zur Verfügung stehen, können sie ausschließlich im Sinne einer Anschubfinanzierung wirken bzw. als einmaliger Zuschuss für zeitlich begrenzte Aktionen und Maßnahmen gezahlt werden.

Wie die Regierungsfractionen in ihrem Antrag "Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt" zurecht betont haben, hat die Stärkung der demokratischen Kultur bei jungen Menschen einen hohen Stellenwert unter den zentralen Bildungs- und Erziehungszielen und ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Vor diesem Hintergrund bieten sich folgende Maßnahmebereiche für die Umsetzung des Programmteiles "Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus" an:

- a. Maßnahmen mit öffentlicher (medialer) Breitenwirkung;
- b. Maßnahmen zur Unterstützung der Jugendbildungsarbeit;

c. Maßnahmen zur Initiierung von (kommunalem) Engagement.

Besonderer Wert soll dabei auf die Entwicklung einer neuen Beteiligungskultur junger Menschen sowie die besondere Berücksichtigung der Entwicklung von Angeboten für die Zielgruppe der Haupt- und Berufsschüler gelegt werden. Das schließt eine Verstärkung der Angebote der Kinder- und Jugendbildung unmittelbar vor Ort ein.

Im Rahmen des Projektes findet eine Programmdokumentation statt, die durch das Projekt des DJI mit Sitz in Leipzig "Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen" realisiert werden soll.

Zu a) Maßnahmen mit öffentlicher (medialer) Breitenwirkung:

Hier ist an Kampagnen zur Stärkung der demokratischen Kultur bei jungen Menschen und zur "Aufrüttelung" der Öffentlichkeit vor Ort gedacht. Im Kern geht es dabei um die Initiierung einer Vielzahl von "Events" vor Ort, ergänzt durch entsprechende Berichterstattung in den Medien, Wettbewerbe etc.

Zu b) Maßnahmen zur Unterstützung der Jugendbildungsarbeit:

Hier ist an das ganze Spektrum der Jugendbildungsarbeit im Rahmen des KJP gedacht. Partner sind die BpB, Länder sowie die bundeszentralen Träger. Darüber hinaus sind eine abgegrenzte Anzahl von richtungweisenden Projekten vorgesehen, die der Bund (vorrangig BMFSFJ, aber auch andere Bundesressorts) selbst initiiert. Wichtig ist, dass in die Entwicklung entsprechender Ideen junge Menschen einbezogen werden und dass die Mittel zur Entwicklung neuer über das Jahr 2001 hinausragender Ideen und Konzepte genutzt werden.

Im Folgenden sind exemplarisch Themenblöcke benannt, die für eine Umsetzung in Frage kommen:

- Maßnahmen zur Qualifizierung und Beratung der Mitarbeitenden in der öffentlichen und freien Jugendhilfe (auch gemeinsame Veranstaltungen vor Ort mit Lehrerinnen und Lehrern) sowie der Familienbildung für die in Rede stehende Thematik;
- Entwicklung von Arbeitshilfen für die pädagogische Praxis;
- Entwicklung von Wanderausstellungen;
- Entwicklung von Angeboten zur Qualifizierung junger Menschen im Umgang mit dem Internet in bezug auf Rechtsextremismus/Fremdenfeindlichkeit/Neonazismus;
- Entwicklung von medienpädagogischen Angeboten zur Auseinandersetzung mit rechtsradikaler Musik;

- Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Jugendliche auch in dem Sinne, dass sie in die Lage versetzt werden, eigene (Gegen)öffentlichkeiten herzustellen;
- Evaluation und Erfahrungsaustausch über Modelle, Ansätze und Strategien (best-practice);
- Entwicklung von schulischen Präventionsstrategien (in Zusammenarbeit mit der BMBF und BLK);
- Akzentuierung der Thematik im Rahmen der internationalen Jugendarbeit (z.B. Jugendaustauschmaßnahmen).

Zu c) Maßnahmen zur Initiierung von (kommunalem) Engagement:

Hier sollen vor Ort in den Kommunen lokale Aktionspläne, lokale Partnerschaften gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenhass implementiert werden. Gedacht ist an eine Schwerpunktsetzung in Kommunen, die im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" bereits erreichbar sind. Ziel ist die Herausbildung demokratischen Engagements und Interventionsstrategien gegen rechte Dominanz und Gewalt vor Ort. Im Mittelpunkt soll die Entwicklung sowie der Ausbau und die Stärkung örtlicher Netzwerke stehen (Vernetzung bestehender Angebote unter Einbeziehung von Jugendhilfe, Kirchen, Schule, Arbeitsverwaltung, Polizei, Justiz und Wirtschaft).

Beispielhaft sei genannt:

- Unterstützung bei der Erstellung der von Seiten des Städte- und Gemeindebundes angeregten Datensammlung kommunaler Gewalt- und Extremismusprävention;
- Durchführung von Regionalkonferenzen in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen, bei denen Praktiker ihre Erfahrungen reflektieren und entsprechende Impulse vermittelt werden können;
- Entwicklung von "Signalteams" von Prominenten und Experten zur Stärkung bürgerschaftlichen Bewusstseins vor Ort.

Umsetzung

Der Haushaltsgesetzgeber hat mit der Einstellung der Mittel in den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) und der Zuordnung zur KJP-Position 1 "Politische Bildung" unterstrichen, dass ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Gewalt und Rechtsextremismus die Stärkung der demokratischen Kultur bei jungen Menschen ist. Dazu werden Maßnahmen der politischen Bildung als besonders geeignet angesehen.

- Die Mittel sollen jedoch vorrangig zur Aktivierung und Unterstützung von Maßnahmen vor Ort verwendet werden. Nur

auf diese Weise wird eine breite Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit sowie Antisemitismus erreicht. Daher ist es dringend geboten, die Länder und Kommunen für die Umsetzung eines Teiles der zur Verfügung stehenden Mittel zu gewinnen. Auf diese Weise kann auch eine Verteilung der Arbeitslast erreicht werden, so dass die Mittel schnell wirksam werden.

Die Mittel sollen grundsätzlich nicht als Kofinanzierungsmittel für das XENOS-Programm herangezogen werden. Nur in begründeten Einzelfällen, so bei länderübergreifenden Maßnahmen, kann davon in Abstimmung mit dem BMFSFJ abgewichen werden.

Mittelumfang: **15 Mio. DM**. Die Mittelverteilung soll nach dem Königsteiner Schlüssel erfolgen.

- Zur Implementierung lokaler Aktionspläne gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenhass im Rahmen der Programmplattform "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten". Hier erfolgt eine Beleihung des verantwortlichen Trägers SPI. Mittelumfang insgesamt: **5 Mio. DM**
- Für Maßnahmen der Jugendbildung sollen bundeszentralen Trägern der Jugendbildung sowie Trägern mit Integrationsaufgaben ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im Bereich der politischen Bildung wird auch mit der Bundeszentrale für politische Bildung kooperiert.

Mittelumfang insgesamt: **6 Mio. DM**

- Zur Finanzierung von modellhaften bundeszentral bedeutsamen Maßnahmen stehen dem BMFSFJ Mittel zur Verfügung.

Mittelumfang insgesamt: **4 Mio. DM**

Hinweis: Für die Umsetzung der letzten beiden Maßnahmeblöcke wird eine Servicestelle beauftragt.

↑ **4.3 Programmteile "Förderung von Modellprojekten zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern" sowie "Förderung von Modellprojekten zur Beratung von Opfern (...)in den neuen Bundesländern"**

Programmteile "Förderung von Modellprojekten zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern" sowie "Förderung von Modellprojekten zur Beratung von Opfern bzw. potentiellen Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in den neuen Bundesländern"

Im Mittelpunkt der beiden Programmteile stehen Maßnahmen zur Stärkung der Initiativen gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, wobei zwei Akzente gesetzt werden sollen:

- Unterstützung von Initiativen

sowie

- Opferberatung.

Die Haushaltsmittel sind gegenseitig deckungsfähig. Eine zeitliche Befristung der Mittel wurde seitens des Haushaltsgesetzgebers nicht auferlegt, so dass Maßnahmen mit mehrjähriger Laufzeit gefördert werden können. Für die Umsetzung müssen Konzeptionen und Richtlinien erarbeitet werden.

Die zur Verfügung stehenden Bundesmittel sollen zur Kofinanzierung mit dem Programmteil XENOS grundsätzlich zugelassen werden.

Das Ziel der beiden Programmteile ist die Unterstützung von Maßnahmen **vor Ort**. Daher kommen als Partner bei der Umsetzung nur überregional tätige, in der Opferarbeit bzw. bei der Beratung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus langjährig erfahrene Träger infrage.

Vorerst sind folgende Maßnahmeblöcke angedacht:

- Entwicklung von Konzepten zum "Peer-Leader-Training" und beispielhafte Umsetzung in die Praxis
- Ausbau der "Mobilen Beratungsteams"
- Erprobung neuer Interventionsprojekte
- Entwicklung von Behandlungskonzepten für durch fremdenfeindliche Gewalt betroffenen oder bedrohten Migrantinnen und Migranten sowie sozial schwache Bürgerinnen und Bürger
- Trainingsprogramme für Multiplikatoren
- Konzepte zur Verbesserung der Elternarbeit
- Informationsveranstaltungen.